

1/SN-400/ME

Zl.u.Betr.w.v.

Eisenstadt, am 25.10.1995

1. Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, 25-fach
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landesamtsdirektoren)
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ. Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	GE/19
Datum: 27. OKT. 1994	
Verteilt 31. Okt. 1994	

P.V. Dr. Rauchbauer

F.d.R.d.A.:


Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst

Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Eisenstadt, am 25.10.1994
7000 Eisenstadt, Freiheitsplatz 1
Tel.: 02682/600 DW 2479
Fr. Mag. Philipp

Zahl: LAD-VD-110/21--1994

Betr: Europäische Integration/EU-Vertrag; Gerichtsverfahren;
Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Gerichts-
organisationsgesetz geändert wird; Begutachtungsverfahren

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsorganisationsgesetz geändert wird, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.:

